

Iven protestiert

Der Bonner Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, kann die geplante Neuregelung für Kriegsdienstverweigerer mit seinem „Gewissen nicht vereinbaren“. In einem Brief an Familienminister Heiner Geißler schreibt Sozialdemokrat Iven, die Reform sei wegen der geplanten Verlängerung des Zivildienstes auf zunächst 20 Monate „nicht verfassungsgemäß“. Das Bundesverfassungsgericht habe einer Verlängerung nur unter der Bedingung zugestimmt, „daß auf ein besonderes Anerkennungs- und Prüfungsverfahren verzichtet und der Zivildienst als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung eingesetzt wird“. Das Prüfungsverfahren werde aber mit dem geplanten Gesetz nicht abgeschafft. Unter diesen Bedingungen, so Iven, könne er nicht weiterarbeiten.

Mittelamerika droht Krieg

Honduras und Nicaragua stehen vor einem offenen Krieg. Der scheidende mexikanische Präsident López Portillo ist vorgewarnt worden – wahrscheinlich von der US-Regierung –, daß Anfang

Dezember eine „große Provokation“ zu erwarten sei. Lager von Ex-Soldaten des gestürzten nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza in Honduras sind in den letzten zwei Wochen geräumt worden, ein Teil der gut ausgerüsteten Truppen ist nach Nicaragua eingesickert. „Honduras wird in einen Krieg mit Nicaragua gestoßen“, befürchtet der honduranische Abgeordnete Modesto Rodas Baca. Auch der Agrarminister von Nicaragua, Jaime Wheelock, glaubt, sein Land werde sich schon bald im Krieg befinden.

Jahn nicht mehr in Genf

Die Bundesregierung muß sich einen neuen Statthalter in der Genfer Unmenschrechtskommission suchen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Gerhard Jahn jedenfalls will dort die Christliberalen nicht vertreten. Jahn, der 1979 in das Genfer Amt berufen worden war, schrieb wenige Tage nach dem Regierungswechsel an Außenminister Hans-Dietrich Genscher, „die politischen Voraussetzungen, unter denen ich mein Einverständnis zur Vertretung der Bun-

desrepublik Deutschland in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen erklärt habe“, seien „nicht mehr gegeben“. Genscher hielt es nicht für nötig, das Abschiedsgesuch zu bestätigen. Nachdem Jahn sechs Wochen gewartet hatte, schrieb er Mitte November verärgert an den Außenamts-Chef: „Ich enthalte mich einer Bewertung und nehme Ihr Schweigen anstelle der von mir ausdrücklich erbetenen Bestätigung.“

Altes Versprechen

Vor großem Fernsehpublikum wurde Genscher-Intimus Jürgen Möllemann an ein Versprechen erinnert, das er gerne vergessen hätte. In der WDR-Sendung „Ich stelle mich“ beschwor der Staatsminister im Auswärtigen Amt am vorletzten Sonntag die „Kontinuität der deutschen Außenpolitik“. Darauf wurde er von den Moderatoren Claus-Hinrich Casdorff und Christa Cloppenburg gefragt, ob er auch persönlich Kontinuität bewahren und, wie vor Jahren versprochen, sein Bundestagsmandat niederlegen werde, wenn Franz Josef Strauß Minister werde. Der verblüffte Möllemann mußte wohl oder übel ja sagen und

Versteckte Zusatzklauseln?

Mit ihren Fusionsplänen stecken die Großverleger Springer und Burda zurück. So reduziert das Offenburger Haus Burda („Bunte“) seinen Beteiligungswunsch bei Axel Springer („Bild“, „Welt“), für den es bei Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einen Erlaubnisantrag gestellt hatte, auf „wenig mehr als 25 Prozent“ – statt der bisher beantragten 51 Prozent in zwei Schritten. Zudem baten die Verlage den

Minister schon zum drittenmal, das Verfahren einstweilen ruhen zu lassen, diesmal bis zum Jahresende.

Das Bundeskartellamt hatte den Zusammenschluß letztes Jahr wegen der Vormacht („Oligopol“) eines möglichen Pressegiganten Burda-Springer auf den Teilmärkten von Programmbüchern, Anzeigen, Pressevertrieb und Druck verboten. Die Konzerne legten Beschwerde beim Berliner Kammergericht ein und verlangten

von Lambsdorff wegen „überragenden Interesses der Allgemeinheit“ eine Ausnahmegenehmigung. Durch die Begrenzung des Antrags auf gut 25 Prozent wird die Ministererlaubnis jedoch rechtlich nicht erleichtert. Das Bundeskartellamt hatte die zunächst beantragten Schritte – erst 26, dann weitere 25 Springer-Prozente für Burda – geprüft und für unzulässig erklärt. Die jetzt geplante Schachtel von „wenig mehr als 25 Prozent“ wird deshalb von diesem Verbot erfaßt.

Irritiert zeigten sich Bonner Beteiligte letzte Woche darüber, daß Springer, während der Antrag bei Lambsdorff noch schwebt, unterderhand beim Kartellamt sondieren ließ, ob ein noch geringerer Burda-Anteil möglich sei: eine Minderheitsbeteiligung von 24,9 Prozent. Sie wäre, wenn es sonst keine Vereinbarungen gäbe, nicht einmal antragspflichtig. Da beiden Verlagen an einer Kapitalbeteiligung ohne Mitspracherechte für Burda aber nicht gelegen war, werden versteckte Zusatzklauseln im Vertragsentwurf vermutet, den das Kartellamt nun prüft.

Nachdem die beiden Verlage zunächst das Fusionsverbot mit Hilfe des Wirtschaftsministers zu umgehen suchten, so argwöhnen die Bonner, wollten sie nun beim Kartellamt einem negativen Bescheid Lambsdorffs vorbeugen.



Verleger Springer



Verleger Burda